

Nispetiye 5 Krutur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN		HARİÇ İÇİN	
Aylık	Türk Lirası 1,80	R. M. 8.-	
Çeyrek aylık	4,20	13.-	
Altı aylık	8.-	25.-	
Bir yıllık	15.-	50.-	

zabıt mahabitt.
Mühürata 6 defa ekilir.

Makbuzatı:
Tebliğ Caddesi No. 588 ve 587.
Telegraf adresi: Türlpost.
Telefon: 44.000.
Posta Kutusu: İstanbul 1200.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krutur

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat	T. Pfd. 1,80	R. M. 8.-
" 3 Monate	4,20	13.-
" 6 Monate	8.-	25.-
" 12 Monate	15.-	50.-

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tebliğ-Caddesi Nr. 588-587.
Druckanstalt: Türlpost.
Fernsprecher: 44.000
Postfach: İstanbul 1200.

Deutschlands Wehrverfassung

Kein Diktat und kein Ultimatum!

Berlin, 8. Mai
Reichswehrminister v. Blomberg äußerte sich heute über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen zu dem außenpolitischen Leiter des Wolffbüros.

Deutschland bereitet in Genf keine Schwierigkeiten

Der Minister erklärte u. a., die Vorgänge, die sich in den letzten Wochen auf der Abrüstungstagung abgespielt hätten, seien im Inland wie im Ausland vielfach mißverstanden worden. Bei der Art des Gegenstandes und der Schwierigkeiten der auf der Abrüstungstagung behandelten Fragen sei dies nicht weiter verwunderlich.

Es handelt sich hier — so führte v. Blomberg aus — insbesondere um die Vereinheitlichung der Heeresysteme der Staaten des europäischen Festlandes.

Vielmehr werde angenommen, daß Deutschland hier außerordentliche und unnötige Schwierigkeiten bereite, ohne daß man erkenne, daß diese Frage, so wie sie in Genf gestellt worden ist, für Deutschland große Schwierigkeiten mit sich bringe.

In Meldungen, die von Genf aus von französischer Seite in die Presse gebracht wurden, werde der Anschein erweckt, daß die Haltung Deutschlands auf der Abrüstungstagung in diesen Fragen ein Hindernis für den Fortschritt der Tagung bilde. Diese Auffassung ist ebenso irrig wie ungerecht.

Die Wehrpflicht

Dann wies der Minister darauf hin, daß Deutschland bekanntlich eines derjenigen Länder gewesen ist, die allgemeine Wehrpflicht zuerst eingeführt haben. Man habe damit gute Erfahrungen gemacht, denn die allgemeine Wehrpflicht habe sich nicht nur vom militärischen Standpunkt aus bewährt, sondern auch als wichtiges Volkserziehungsmittel bewiesen.

Nach dem Zusammenbruch von 1918 sei uns aber durch das Versailler Diktat die Dienstpflicht genommen und ein neues, uns völlig fremdes Wehrsystem aufgezwungen worden, das System des langdienenden Berufsheeres nach englischem Vorbild.

Milizheer?

Jetzt gehe die Abrüstungstagung darauf aus, uns wieder ein neues Wehrsystem aufzuzwingen, nämlich das kurz dienende Milizheer, das auf französischen Vorschlägen beruhe.

Angesichts eines derartigen Verhaltens müsse man die Frage aufwerfen, wo denn die eigentlichen sozialen und sonstigen Bedürfnisse blieben.

Diese völlige Außerachtlassung der deutschen Interessen könne Deutschland nicht ohne Widerspruch hinnehmen.

Bei dieser Deutschland gegenüber angewendeten Methode muß darauf hingewiesen werden, daß die Zeit der Diktate heute vorbei ist!

Deutschland habe bewiesen, daß es bereit sei, in Genf loyal mitzuarbeiten, und es denke nicht daran, die Abrüstungsschwierigkeiten in den Weg zu legen, zumal es bei seiner Lage als abgerüsteter Staat inmitten eines schwer bewaffneten Europa ein besonderes Interesse an dem Erfolg der Tagung habe.

Aber in einer so einschneidenden Frage wie es das deutsche Wehrsystem ist, nehme Deutschland ein Ultimatum nicht an!

Deutschland sei gewiß nicht auf das Wehrsystem von Versailles eingeschwo-ren und es verlange keineswegs die Beibehaltung der zwölfjährigen Dienstzeit für seine Wehrmacht. Vielmehr sei Deutschland bereit, die Dienstzeit erheblich herabzusetzen und abzukürzen und dadurch den Vorschlägen des englischen Planes wesentlich entgegenzukommen.

Übergangszeit

Aber jeder Unvoreingenommene werde zugeben müssen, daß Deutschland nicht von heute auf morgen von der

zwölfjährigen Dienstzeit auf eine solche von acht Monaten übergehen könne, wie sie der englische Plan vorsehe. Für Deutschland könne nur eine allmähliche Abkürzung der Dienstzeit in Frage kommen. Diese allmähliche Übergangszeit sei durch organisatorische Maßnahmen bedingt und dann auch dadurch, daß Deutschland über ausgebildete Reserven nicht verfüge. Dieser Mangel müsse allmählich ausgeglichen werden.

Eine Übergangsperiode von erheblicher Dauer sei unerlässlich, wenn am deutschen Heeresystem einschneidende Änderungen vorgenommen werden sollen.

Damit Deutschland die Organisation seines Heeres den Bestimmungen des englischen Vorschlages angleichen könne, müsse es auch übersehen können, wie sich die Organisation der anderen Heere gestalten werde, sowie ihre Bewaffnung und Ausrüstung. Ehe die deutsche Regierung das nicht wisse, sei ihr eine Entscheidung überhaupt nicht möglich.

Darüber habe man aber bisher von der Gegenseite nichts gehört und es sei an der Zeit, daß sich die andere Seite dazu unzweideutig äußere.

Am Schlusse der Unterredung wies der Reichswehrminister darauf hin, daß er glaube, mit diesen Ausführungen einen weiteren Beweis für den guten Willen Deutschlands gegeben zu haben.

Im Interesse eines Erfolges der Abrüstungskonferenz sei man bereit, über ein deutsches Entgegenkommen auf diesem Gebiete zu verhandeln, obwohl der englische Plan, das englische Wehrsystem, dem das deutsche gegenwärtig nachgebildet sei, unverändert bestehen lasse und obwohl der englische Plan nur für die Staaten des europäischen Festlandes die Vereinheitlichung des Wehrsystems vorsehe.

„Aber wohlgemerkt“, so schloß der Reichswehrminister seine Ausführungen, „wir sind nur bereit zu verhandeln, wir sind aber nicht bereit, ein Ultimatum oder ein Diktat anzunehmen!“

Präsidialsitzung der Abrüstungstagung

Genf, 8. Mai
In Genf trat heute das erweiterte Präsidium der Abrüstungstagung zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen und Beschlüsse über die weiteren Arbeiten der Tagung zu prüfen.

Entscheidungen wurden jedoch nicht getroffen. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Macdonald erscheint nicht in Genf?

London, 8. Mai (A.A.)
Macdonald erklärt im Unterhaus: „Ich habe mich keineswegs mit der Frage beschäftigt, ob ich wieder an der Abrüstungstagung teilnehmen werde oder nicht. Gewisse Erklärungen der Presse, daß über diese Frage im Kabinett beraten worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen.“

Rosenberg in London

London, 8. Mai
Der Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, der gegenwärtig in London weilte, sprach heute im britischen Auswärtigen Amt vor, wo er eine einstündige Unterredung mit dem Staatssekretär hatte.

Schacht und Luther in Washington

Washington, 8. Mai
Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Botschafter Dr. Luther haben mit dem amerikanischen Außenminister Besprechungen über die Tagung der Weltwirtschaftstagung begonnen.

An den Beratungen nehmen auch mehrere amerikanische Wirtschaftssachverständige teil.

Mitgliederaufnahme bei der NSDAP gesperrt

Berlin, 9. Mai (A.A. nach WTB.)
Die nationalsozialistischen Organisationen haben endgültig beschlossen, neue Mitglieder nicht mehr aufzunehmen, wie es die Parteileitung im übrigen auch festgesetzt hat.

Die Spende für die Opfer der Arbeit

Berlin, 8. Mai
Der Aufruf des Reichskanzlers zu der Stiftung für die Opfer der Arbeit hat starken Widerhall in weitesten Kreisen gefunden.

Dank der väterländischen Opferwilligkeit zahlreicher Personen sind bereits in den ersten Tagen über 100.000 RM. bei der Sammelstelle der Reichskreditgesellschaft eingelaufen. Die einzelnen Spenden, die aus den verschiedensten Beträgen bestehen, so z. B. großen Ueberweisungen bedeutender Firmen und kleinen Beträgen privater Personen, beweisen, daß sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung seiner sozialen Verpflichtungen bewußt ist. Wer nur irgendwie in der Lage ist, der Stiftung einen Beitrag zu leisten und sei er noch so klein, der möge mithelfen, Not und Elend dort zu lindern, wo es am bittersten empfunden wird.

Goering über das Vorgehen der Kampfbünde

Berlin, 8. Mai
Der preußische Ministerpräsident Goering nimmt in einer amtlichen Erklärung zu dem Vorgehen der Kampfbünde Stellung.

Er betont dabei noch einmal, daß es bei der von ihm erlassenen Regelung in der Frage der preußischen Theater bleibe und daß die Reichszentrale für Theaterwesen nicht das geringste zu tun habe mit den staatlichen und städtischen Theatern. Diese Reichszentrale sei lediglich eine private Interessengemeinschaft.

Goering wendet sich ferner dagegen, daß Kampfbünde in nicht rechtmäßiger Weise in Betriebe eingreifen. In Zukunft werden derartige Eingriffe nicht mehr geduldet werden. Zuwiderhandelnde würden bestraft.

Nicht das Interesse eines einzelnen Gewerbes oder Berufs, sondern das allgemeine Interesse von Volk und Vaterland stehe im Vordergrund. Diesem Interesse allein diene die Volks- und Staatsregierung, darum verlange sie auch das Gleiche von den Organisationen und Verbänden.

Von den Deutschnationalen

Berlin, 8. Mai
Reichsminister Dr. Hugenberg hat dem Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion, dem Abgeordneten v. Winterfeldt, nunmehr alle Vollmachten für die Führung der deutschnationalen Front übertragen.

Kiel, 8. Mai (A.A.)
Der frühere Fraktionsführer der Deutschnationalen, Oberführer Hugenberg, hat gestern mittag in seiner Wohnung Selbstmord begangen.

Die Amnestie in Bayern

München, 8. Mai
Aufgrund der Amnestieverordnung vom 21. März wurden in Bayern bis zum 15. April 450 Strafverfahren gänzlich oder teilweise eingestellt.

Verhaftung

Haltern (Westfalen), 8. Mai (A.A. n. WTB.)
Ein Beamter des Arbeitsamtes, Schwarz, der im Verdacht steht, bei der Kieler Matrosenmeuterei im Jahre 1918 die Hauptrolle gespielt und mehrere Offiziere erschossen zu haben, wurde verhaftet.

Frankreichs Werben um Oesterreich

Paris, 8. Mai
Der französische Außenminister Paul-Boncour hatte in Paris heute eine Unterredung mit dem österreichischen Geschäftsträger über die Lage in Oesterreich.

Grosse Nationalversammlung

Unfallverhütung — Verteidigungen — Haushaltsfragen — Aerzteberuf

Ankara, 8. Mai (A.A.)
Die GNV trat heute unter dem Vorsitz Refet Beys zusammen. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff Muhiiddin Pascha (Kars) das Wort, las die Zeitungsnachrichten vor, wonach beim Spielen mit Sprengkörpern aus dem Kriege in Tschanakkale zwei und in Adana 3 Bauern tödlich verunglückt sind, dann betonte er die Notwendigkeit der geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung der Wiederholung solcher Unfälle.

Es gelangten dann die Wahlprotokolle der neugewählten Abgeordneten Tahsin Bey (Konia) und Ali Seidi Bey (Trapezunt) zur Verlesung, worauf die Abgeordneten den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung leisteten.

Dann wurden die Gesetzentwürfe über

Gandhis Hungerstreik

Bombay, 8. Mai (A.A.)
Gandhi begann seinen Hungerstreik, auf einem Mangobaum sitzend, nachdem er seine Gebete verrichtet und eine letzte, aus Honig und Wasser bestehende Mahlzeit eingenommen hatte. Seine Frau und einige Freunde sind bei ihm. Weder seinem eigenen Sohn, noch dem Arzt, noch seinen Freunden gelang es, den Mahatma von seinem Vorhaben abzubringen.

Die Gefängniswache ist verstärkt worden und hält die Volksmenge fern. Wahrscheinlich wird man Gandhi heute aus dem Gefängnis entlassen.

Freilassung des Mahatma

Bombay, 8. Mai
Da Gandhi mit seinem dreiwöchigen Fasten lediglich gegen die Nichtanerkennung der niedrigsten Hinduklasse demonstriert, sein Vorhaben also keinen gegen die Regierung gerichteten Charakter hat, wurde er aus der Haft entlassen. Er wird jedoch sein Fasten trotzdem einhalten.

Frankreichs Schulden an Amerika

Paris, 8. Mai
Wie aus Paris gemeldet wird, soll die französische Regierung sich gegenüber einem nichtamtlichen amerikanischen Angebot, die Kriegsschuldenfrage durch ein Endsumme zu regeln, ablehnend verhalten haben.

Grosse Rundfunkrede Roosevelts

Washington, 8. Mai (A.A.)
Roosevelt hielt ein Rundfunkrede, in der er sagte:

Wir können wohl feststellen, daß es seit zwei Monaten aufwärts geht. Die Lage der Industrie hat sich gebessert, die Eisenbahnen haben einen gesteigerten Güterverkehr zu verzeichnen, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse haben angezogen.

Wir dürfen uns jedoch keiner allzu großen Zuversicht hingeben. Ich werde mein Möglichstes tun, um das Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft nutzbringend anzuwenden.

Was die Aufgabe der Goldwährung anbetrifft, so war ihr Zweck, einer Panik und einem Stillstand des Räderwerks der Industrie vorzubeugen, die das Angreifen der nationalen Reserven hervorgerufen hätte. Die Regierung wird bestrebt sein, das Steigen der Preise so zu befördern, daß denen, die Darlehen aufgenommen haben, die Möglichkeit gegeben wird, ihre Schulden abzuzahlen.

Die Unterredungen, die ich mit den Vertretern fremder Staaten hatte, ergaben Übereinstimmung der Ansichten hinsichtlich der Maßnahmen, die zur Inangriffnahme der Abrüstung und der Festigung des Wirtschaftslebens notwendig sind. Die Weltwirtschaftstagung muß zu einem Erfolge führen. Die Zukunft der Welt erfordert dies. Wir ha-

Das Wunder der Tat

Von Kapitän zur See a. D. von Waldeyer-Hartz

Während noch im Weltkriege der bekannte englische Journalist Harold Begbie in seinem von Lord Haldane inspirierten Werke „The vindication of Great Britain“ die Auffassung vertrat, in der Welt habe es nur eine einzige Bedrohung des Friedens gegeben, und diese Bedrohung seien die wachsende Bevölkerung, der wachsende Wohlstand und die wachsende Unruhe des Deutschen Reiches gewesen, fühlten sich deutsche Politiker der Nachkriegszeit in ständig steigendem Maße bemüht, den Flottenbau Tirpitzscher Prägung für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich zu machen. Daß England diese Lesart aufgriff, war selbstverständlich. Sie lieferte ihm einen Propagandastoff, wie man ihn besser und zugkräftiger kaum erwarten konnte. Somit war das Siegel unter die Lügenmär von Deutschlands Kriegsschuld gesetzt.

Heute beginnt man auch in England umzuleren. Man spürt es am eigenen Leibe, daß es vielleicht doch ein Fehler war, in den Kreis der Entente wider Deutschland einzutreten, um den stärksten Degen des Festlandes, der gleichzeitig Seeinteressen vertrat, zu zerbrechen.

In diesen Tagen hat der bekannte englische Fachschriftsteller Sir Herbert Russell im „Naval and Military Record“ einen Aufsatz veröffentlicht, der sich unter dem Titel „German sea power“ mit der Frage der Widererstarbung der deutschen Seemacht befaßt. Sir Herbert vertritt die Auffassung, daß Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages nach und nach abstreifen würde, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Auf keinen Fall würde es dazu schreiten, die eingegangenen Bindungen durch einen feierlichen Antrag bei einer der Vertragsmächte zu lösen. Der Brite gibt ehrlicherweise zu, daß die Vertragsmächte, die Deutschland den Frieden von Versailles diktierten, ihr Wort nicht gehalten haben; auch nicht in Fragen der Seemacht und Seegelung! Ueber die letzten Äußerungen Macdonalds, man solle Deutschland nur insoweit vom Versailler Vertrag befreien, als die dort getroffenen Marinebindungen nicht ange-tastet würden, geht Sir Herbert mit leicht spöttischer Bemerkung hinweg. Deutschland würde auch in diesem Falle das tun, was ihm beliebt, und sich an frühere Zusagen nicht mehr gebunden fühlen.

Das Wichtigste an den Äußerungen unseres britischen Gewährsmannes ist jedoch, daß offen anerkannt wird, die deutsche Seemacht sei für die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Europa von hohem Nutzen. Es wird hierbei in erster Linie auf Sowjetrußland verwiesen, daß sich schon längst zum Herrn über die Ostsee aufgeworfen hätte, wenn es die deutsche Flotte nicht gäbe. Sir Herbert räumt ein, daß Deutschlands Zukunft mehr denn je auf der See liege. Die Deutschen seien ein durch und durch imperialistisches Volk und hätten hiervon auch in den Regierungsjahren des Marxismus nicht das geringste verloren. Ganz im Gegenteil! Deutschland sei und bleibe das stärkste Bollwerk gegen den Marxismus, und ein Teil dieses Bollwerks würde von der deutschen Flotte dargestellt!

Eine Gefahr, daß es zu einem neuen Wettrennen auf See zwischen England und Deutschland kommen würde, bestünde nicht. Deutschlands Ehrgeiz ginge nicht dahin, den Dreizeck Neptuns an sich zu reißen. Es sei sogar anzunehmen, daß Deutschland bei seinem künftigen Waffenrüstungen auf dem Meere sich freiwillig gewisse Beschränkungen auferlege, um allen Anschein zu vermeiden, als ob es anderen Großseemächten den Rang ablaufen wolle. Was die deutsche Marine seit Kriegsende schiffbaulich geleistet habe, sei nur anzuerkennen. Die neuen Kleinen Kreuzer stellten in Wahrheit glänzende Fahrzeuge ihres Typs dar. Man brauche auch nicht zu besorgen, die deutsche Marine würde ein zweitesmal ihre ganze Kraft in den Bau von U-Booten stecken. Das U-Bootetier sei vielmehr über Frank-

Die griechischen Monarchisten

Athen, 8. Mai (Eigenes Dienst der T. P.)
In Athen wurde eine Organisation der Monarchiefreunde unter der Bezeichnung „Nationale Politische Gesellschaft“ gegründet. Sie hat in ihrem Programm die Bekämpfung des parlamentarischen Systems der letzten 10 Jahre in Griechenland und die Bekämpfung des Kommunismus aufgenommen.

Der japanische Vormarsch südlich der Grossen Mauer

Tokio, 8. Mai (A.A.)
Im Süden der Chinesischen Mauer unternahmen die Japaner neue Angriffe, um die Chinesen vom rechten Ufer des Ljang-Flusses zu verdrängen.

Ein Bevollmächtigter des Außenministeriums erklärte hierzu:

Die Chinesen hoffen, uns zum Vormarsch in die Gegend von Peking-Tientsin verleiten zu können und auf diese Weise Verwicklungen mit den Mächten herbeizuführen, wir werden aber nicht in diese Falle gehen.

Chinesisch-russischer Nichtangriffspakt

Schanghai, 8. Mai
Nach Meldungen aus chinesischen Regierungskreisen wird China in den nächsten Tagen einen Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland unterzeichnen.

ben uns verpflichtet, uns nach besten Kräften darum zu bemühen, aus unseren Unterredungen ergaben sich vier Hauptziele:

1. Allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, damit die Furcht vor Einfällen fremder Heere beseitigt wird und die Ausgaben für die Rüstungen auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden, sodaß es möglich sein wird, den Haushalt der Staaten ins Gleichgewicht zu bringen;

2. Ermäßigung der Zölle, um einen normalen Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und einen normalen Güteraustausch zu ermöglichen;

3. Stabilisierung der Währungen, damit der Handel Geschäfte auf sicherer Grundlage abschließen kann;

4. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und eines starken Vertrauens unter den Völkern.

Moscicki wiedergewählt

Warschau, 8. Mai (A.A.)
Die Nationalversammlung wählte mit 332 Stimmen, besonders denen des Regierungsblocks, Moscicki wieder auf 7 Jahre zum Staatspräsidenten.

Sieben deutsche Abgeordnete gaben weiße Stimmzettel ab, drei Stimmzettel waren ungültig. Die Oppositionsparteien beteiligten sich nicht an der Wahlhandlung.